

KUBANISCHER REGIMEKRITIKER IN LEBENSGEFAHR



José Daniel Ferrer vor der kubanischen Flagge in Santiago de Cuba. Foto: Twitter / Katerine Mojena

Kubanischer Regimekritiker in Lebensgefahr - Bürgerrechtler und Theologen im Visier

Havanna / Frankfurt am Main (15. November 2019) - Seit über einer Woche demonstriert der kubanische Oppositionsführer José Daniel Ferrer mit einem Hungerstreik gegen seine willkürliche Inhaftierung. Ferrer hat laut Angabe seiner Familie, die Hälfte seines Gewichts verloren und befindet sich in akuter Lebensgefahr, berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Der prominente kubanische Bürgerrechtler und Vorsitzende der Demokratiebewegung UNPACU Daniel Ferrer wurde am 1. Oktober 2019 mit den Bürgerrechtlern Roilán Zárraga Ferrer, Fernando González Vaillant y José Pupo Chaveco in Santiago de Cuba verhaftet. Alle gehören UNPACU an. Seit Wochen sind



die Bürgerrechtler ohne Anklage inhaftiert. Nachdem Ferrer zunächst in ein Polizeigefängnis verbracht wurde, verlegte ihn die Staatssicherheit später an einen unbekanntem Ort. Ferrer wurde in seiner Zelle angekettet und misshandelt.

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM kritisiert: „José Daniel Ferrer ist die lauteste Stimme gegen das diktatorische Regime auf Kuba. Er soll mit allen Mitteln zum Schweigen gebracht und an ihm soll ein Exempel statuiert werden.“ Andere bekannte Oppositionelle wie der Sacharow-Preisträger “Coco” Fariñas Hernández wurden nach Beginn des Hungerstreiks von Polizisten und Agenten der Staatssicherheit bedroht, dass ihnen dasselbe widerfahren würde wie Ferrer, wenn sie sich solidarisieren und sich weiter politisch engagieren.

Mehr Informationen zum Hintergrund der Inhaftierung

Ausreiseverbote für Theologen und Bürgerrechtler

Wie die IGFM, die auf Kuba mit einer Sektion vertreten ist, weiter berichtet, wurden am Sonntag, den 10. November protestantische kubanische Kirchenführer an der Ausreise aus Kuba gehindert. Darunter führende Vertreter der Baptisten, der Evangelischen Liga und der Methodistischen Kirche Kubas und von der Apostolischen Bewegung. Zur Begründung wurde eine angebliche „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ unterstellt. Die Pastoren wollten eine Konferenz der Internationalen Evangelischen Allianz in Indonesien besuchen. Die kubanische Regierung hat seit der Verabschiedung einer neuen Verfassung den Druck auf die religiösen Führer verstärkt.

Weitere Infos zu Menschenrechten auf Kuba
www.igfm.de/kuba